

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 6. Oktober 2025

Dossier Nr. 11703, «Echo der Zeit» vom 30. August 2025 – «Österreich-Debatte über die Neutralität»

Sehr geehrter Herr XY

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 31. August 2025, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

<https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/oesterreich-debatte-ueber-die-neutralitaet?partId=SIGb2CwFIndP9XS5QQFrkaug6U8>

«Der angegebene Beitrag von Peter Vögeli berichtet über die Tatsache, dass es in Österreich emeritierte ranghohe Militäranghörige gibt, die die Verteidigungsfähigkeit eines neutralen Österreichs in Frage stellen und die Auffassung vertreten, dass Österreich um tatsächlich militärisch geschützt zu sein, der NATO beitreten solle.

Der Beitrag berichtet nur über diese Art der neutralitätsskeptischen und neutralitätsablehnenden Stellungnahmen, verschweigt aber, dass der überwältigende Grossteil der aktiven Militärlenker Österreichs ganz und gar nicht diese Auffassung teilen und den Weg der Neutralität als friedenssichernden Weg der Alpenrepublik hochachten. Dieser Beitrag verletzt in eklatanter Weise das Sachgerechtigkeitsgebots: Denn die Tatsachen dass der überwältigende Teil der Österreichischen Bürger und der militärischen Führer die Neutralität durchwegs positiv und tauglich für die Zukunft erachten, wird verschwiegen und eine allgemeine Skepsis gegenüber der Neutralität suggeriert. Der Beitrag ermöglicht auf keine Art und Weise eine ausgewogene Gewichtung der Meinungen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann. Der Beitrag scheint eher dazu geeignet

zu sein, Neutralitätsskepsis in der Schweiz zu verbreiten im Sinne einer internationalen fast überfälligen Anpassung an die neue internationale Lage nach dem Krieg in die Ukraine. Diese Art einseitiger Propaganda ist mitnichten Auftrag der SRG sondern widerspricht ihr. Ferner verletzt dieser Beitrag auch das Vielfaltsangebot, da die Vielfalt der Ansichten nicht angemessen zum Ausdruck gebracht wird. Derart qualitativ einseitige Propaganda ist Merkmal unseriösen journalistischer Recherche und unprofessionell für einen staatlichen Sender, daher sollte eine solche einseitige Sendung in einem renommierten Programm wie Echo der Zeit ab sofort vermieden werden.»

Die Redaktion nimmt wie folgt Stellung:

Anlass für eine journalistische Berichterstattung, gerade über Entwicklungen und Ereignisse im Ausland, ist in der Regel das Aussergewöhnliche, das Unerwartete. Etwas salopp ausgedrückt: Wenn in einem Land die Züge immer pünktlich ankommen, ist ein verspäteter Zug eine Nachricht wert. Und umgekehrt. Wichtig ist indes, dass für das Publikum jeweils deutlich wird, was der Normalfall ist. Es gilt also, dem Missverständnis vorzubeugen, der Ausnahmefall – der verspätete Zug – sei der Normalfall.

Österreich ist ein neutrales Land. Dazu bekennt sich, gemäss Umfrageergebnissen, eine Mehrheit der Österreicher weiterhin. (Hingegen gibt es keine Erhebungen darüber, ob – wie der Beanstander behauptet – der Grossteil der militärisch Verantwortlichen hinter der heutigen Form der Neutralität steht.) Der Autor des Beitrags machte bereits in seinem allerersten Satz deutlich, was der Normalfall ist. Nämlich indem er feststellt, dass für Österreich die Neutralität der Kern des nationalen Selbstverständnisses war und ist. Bei der Neutralität handle es sich um das, was Österreich in seiner heutigen Form und nach der Zerschlagung des Habsburgerreiches nach dem Ersten Weltkrieg zusammenhalte.

Er zeigt dann aber auf, dass es nicht zuletzt seit dem russischen Angriff auf die Ukraine Stimmen gibt im Sicherheits-Establishment, die Zweifel haben und äussern. Und zwar gewichtige, relevante, sachlich kompetente Stimmen. Ehemalige und aktuelle Generäle, aber ebenso die neue Aussenministerin. Sie hinterfragen, sie sind skeptisch, ob die Neutralität noch immer das zentrale Leitprinzip der österreichischen Sicherheits- und Aussenpolitik sein soll. Und sie lancieren damit eine Debatte.

Und sie stellen ausserdem fest, was durch eine Vielzahl von strategischen und militärischen Studien im In- und Ausland solide belegt ist, dass Österreich heute ausserstande wäre, sich allein gegen einen Angriff, etwa einen russischen militärisch zu verteidigen. Da gibt es Parallelen zur Schweizer Verteidigungsfähigkeit.

Im Beitrag wird keineswegs behauptet, alle oder auch nur die Mehrheit von Fachleuten und Akteuren in der österreichischen Sicherheitspolitik und im Militär schlossen sich dieser Kritik an. Und erst recht wird nicht gesagt, die Bevölkerung wende sich deswegen von der Neutralität ab. Aufgezeigt wird jedoch, dass jene, welche die Sinnhaftigkeit und Zweckmässigkeit der Neutralität in Zweifel ziehen, eine Diskussion ausgelöst haben. Eine

Diskussion, die nun auch die Politik, konkret die Aussenministerin aufgegriffen hat, indem sie die Thematik schon demnächst auf drei grossen Bürgerforen diskutieren lassen will.

Aus Schweizer Sicht und für ein Schweizer Publikum ist es interessant, erstens festzustellen, dass sich das neutrale Österreich ebenfalls mit der Neutralitätsfrage befasst. Das zu zeigen, war der Sinn des Berichts im «Echo der Zeit». Und es wird zweitens interessant sein, wie die Debatte in Österreich verläuft, welche Argumente vorgebracht werden und zu welchen Schlüssen unsere Nachbarn gelangen.

Die Aussagen in dem Beitrag aus Österreich waren nach unserer Einschätzung allesamt sachgerecht. Oder es handelte sich um Sichtweisen, die man zwar nicht teilen muss, die jedoch plausibel begründet wurden. Das Vielfaltsgebot wiederum lässt sich selten in einem einzigen Beitrag erfüllen. Zumal wir hier gar nicht den Anspruch erhoben, mit Pro- und Kontrastimmen die österreichische Neutralitätsdebatte umfassend abzubilden. Vielmehr wollten wir aufzeigen, dass eine solche nun beginnt. Selbstverständlich werden wir im Vorfeld der Schweizer Abstimmung über die Neutralitätsinitiative gemäss unserem Auftrag Befürworter und Kritiker in gleichem Mass zu Wort kommen lassen.

Die Ombudsstelle hält abschliessend fest:

Der beanstandete Beitrag nimmt Bezug auf die sicherheitspolitische Diskussion in der Schweiz und in Österreich. Die Schweiz stimmt 2027 über die «Neutralitäts-Initiative» ab und in Österreich finden drei Bürgerforen statt, um eine neue Sicherheitspolitik zu definieren. Das werde in Moskau nicht gerne gesehen, sagt Peter Vögeli und zitiert Dmitri Medwedew, Ex-Präsident und stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation: Bei einem allfälligen Nato-Beitritt Österreichs könnte Russland das Land angreifen. Allein mit der Nennung des Verteidigungsbündnisses ist naheliegend, dass militärische Sicherheitsexperten von Österreich zu Wort kommen. Das ist denn auch der Fall, aber erst, nachdem Peter Vögeli betont, dass die österreichische Neutralität Kern seines Selbstverständnisses war und ist und sie zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber zunehmend hinterfragt wird. Zumal unbestritten ist, dass die aktuelle europäische Sicherheitslage Österreich zwingt, seine Verteidigungsfähigkeit neu zu bewerten.

Nirgends wird gesagt, die Mehrheit der Militär-Experten bezeichne die Neutralität als «Lebenslüge». Aber Walter Feichtinger, ehemaliger Kommandant des Panzerbataillons 10, sicherheits- und verteidigungspolitischer Berater im Bundeskanzleramt, Generalsekretär der Österreichischen Offiziersgesellschaft und Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement sowie Günter Höfler, ehemaliger Armeechef und Leiter der österreichischen Militärvertretung in Brüssel sind gewichtige Stimmen, deren kritische Haltung nicht zuletzt aufgrund des Angriffskriegs gegen die Ukraine durchaus Gewicht haben. Und wie die Redaktion zutreffend schreibt: Interessant sind vor allem die Stimmen, von denen man das Infragestellen der Neutralität nicht unbedingt erwartet, die aber angesichts der neuen sicherheitspolitischen Frage sinngemäss feststellen, dass der neutrale Kleinstaat seine internationale Rolle 50 Jahre nach dem Kalten Krieg und als EU-Mitglied hinterfrage, weil man mit einer Idealisierung der Neutralität nicht weiterkomme.

Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes schreibt vor, dass redaktionelle Sendungen Tatsachen und Ereignisse sachgerecht so darstellen müssen, dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann, wobei Ansichten und Kommentare als solche erkennbar zu machen sind. Das Sachgerechtigkeitsgebot verlangt keine «absolute Vollständigkeit» oder «perfekte Ausgewogenheit in jeder einzelnen Sendung». Entscheidend ist, dass das Publikum nicht in die Irre geführt wird. Da im Beitrag der Normalfall benannt wurde und danach zwei ausgewiesene Fachmänner zu Wort kommen, ist eine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots nicht gegeben. Die journalistische Praxis, das Aussergewöhnliche hervorzuheben, wird auch von der Unabhängigen Beschwerdeinstanz anerkannt.

Das Vielfaltsgebot gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG schliesslich betrifft das Gebot, einseitige Tendenzen in der öffentlichen Meinungsbildung *in der Gesamtheit* der Programme zu beachten. Es geht also nicht darum, die Vielfalt der Ansichten in einer Sendung angemessen zum Ausdruck zu bringen. Das Vielfaltsgebot wäre dann tangiert, wenn die Neutralitätsdebatte als relevantes Thema über eine längere Zeit aufgegriffen würde. Also beispielweise im Vorfeld der Abstimmung über die Neutralitäts-Initiative in der Schweiz. Die Neutralitätsdiskussion in Österreich ist (noch) nicht so relevant, dass SRF verpflichtet wäre, in der Gesamtheit der Berichterstattung auf eine strikte Ausgewogenheit zu achten.

Zusammenfassend gelangt die Ombudsstelle zum Schluss, dass der beanstandete Beitrag weder gegen das Gebot der Sachgerechtigkeit (Art. 4 Abs. 2 RTVG) noch der Vielfalt (Art. 4 Abs. 4 RTVG) verstösst.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz